



Der Schweizer Erweiterungsbeitrag

Kontext – Aktivitäten – Resultate
Jahresbericht 2015



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Titelbild: Links: Da Asbestplatten im Laufe der Jahrzehnte verwittern, besteht die Gefahr, dass Fasern und Staub sich lösen und von den Hausbewohnern unbemerkt eingeatmet werden. Bis 2032 will Polen daher mit Asbest kontaminierte Materialien entsorgen. Dank drei von der Schweiz unterstützten Projekten sind bis Ende 2015 67'500 Tonnen Asbest sachgerecht entsorgt. © SECO; Rechts: Das Projekt «Orientiere dich an deinen Fähigkeiten, vergiss deine Einschränkungen» richtet sich an rumänische Menschen mit einer körperlichen Behinderung. Der Erweiterungsbeitrag fördert den Erfahrungsaustausch zwischen der Stiftung Motivation Rumänien und der Schweizer Paraplegiker Stiftung (SPS). Ziel ist es, Menschen mit einer Behinderung bessere Integrationsmöglichkeiten in die Arbeitswelt zu ermöglichen und die soziale Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppe zu verringern. Um Menschen mit einer Behinderung auf diesem Weg zu unterstützen, werden 120 Therapeuten spezifisch ausgebildet. © DEZA

Liebe Leserinnen und Leser

Žan ist 14 Jahre alt und möchte Fotograf werden. Für die Zukunft wünscht er sich, dass die Menschen die Natur in Slowenien nicht zerstören. Deshalb liess er sich in seiner Schule zusammen mit anderen Jugendlichen zum «Energiemanager» ausbilden. Er erfuhr mehr zum Thema erneuerbare Energie und Energieeffizienz und sensibilisiert nun seine Mitschüler für diese Themen. Unterstützt wurde dieses Ausbildungsprogramm vom Erweiterungsbeitrag. Zudem kann Žans Schule dank der Schweiz nun mit Biomasse statt Öl heizen und ist energieeffizient saniert.

Dieses Beispiel zeigt drei Dinge. Erstens: Der Erweiterungsbeitrag beginnt Früchte zu tragen. Es ist erfreulich zu sehen, wie die Projekte abgeschlossen und Resultate erzielt werden. Zweitens: Mit der Umsetzung der Projekte wird auch die Zusammenarbeit mit der Schweiz in den unterstützten EU-Staaten sichtbarer und unser Land positiv wahrgenommen.

Denn bei Studienreisen und durch die Lieferung von Wärmepumpen konnte auch Schweizer Fachwissen in die Energieprojekte in Slowenien eingebracht werden. Diese Visibilität bringt uns politisch und wirtschaftlich viele Vorteile. Drittens: Das Energieprojekt in Slowenien entspricht genau dem Sinn und Geist des Erweiterungsbeitrags. Dank dem Umstieg auf Biomasse und der Renovation von Schulgebäuden werden die Heizkosten um rund 50% gesenkt. Mit diesem und einer Vielzahl anderer Projekte trägt die Schweiz dazu bei, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten in den Partnerländern zu verringern. So leistet auch die Schweiz ihren Beitrag zu mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in Europa.

Dies ist nur eines von vielen Beispielen mit denen die DEZA und das SECO in diesem Jahresbericht die Resultate des Erweiterungsbeitrags illustrieren. Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch



Staatssekretärin
Direktorin des SECO

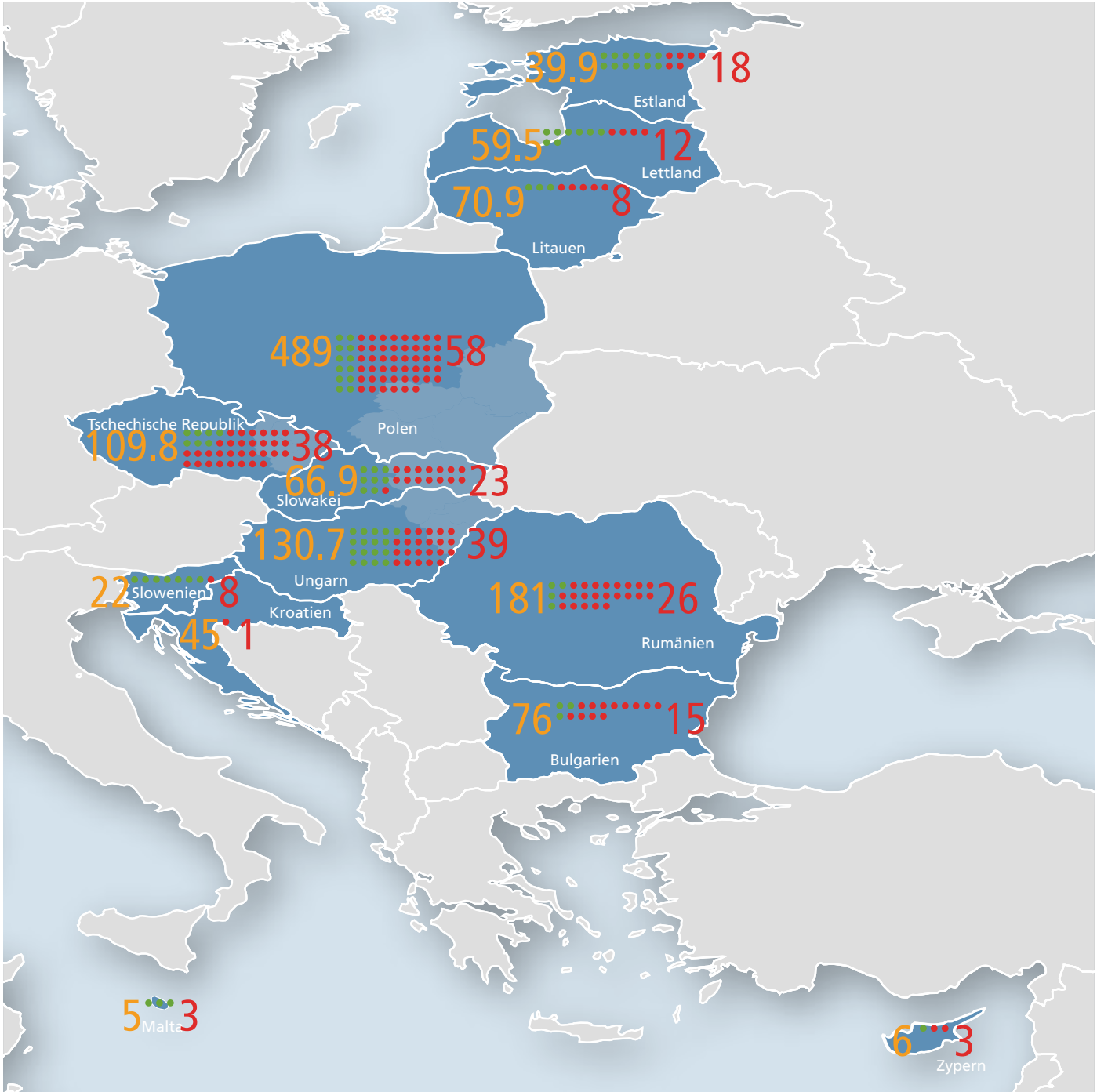


Manuel Sager



Botschafter
Direktor der DEZA





- Betrag in Mio. CHF
- Anzahl der Projekte und Thematischen Fonds
- Abgeschlossene Projekte

Überblick

Mit dem Erweiterungsbeitrag von insgesamt 1,302 Milliarden Franken unterstützt die Schweiz Projekte in denjenigen Ländern, welche der EU seit dem Jahr 2004 beigetreten sind. Damit leistet die Schweiz einen Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU. Seit dem Jahr 2007 profitieren Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern von der Finanzierung konkreter Projekte im Rahmen von gesamthaft einer Milliarde Franken. Die Umsetzungsperiode für diese Länder endet im Juni 2017, bis dahin müssen alle Projekte abgeschlossen sein. Der Erweiterungsbeitrag wurde 2009 um zusätzliche 257 Millionen Franken an Bulgarien und Rumänien, seit 2007 Mitglieder der EU, erweitert. Die Umsetzung dieser Projekte dauert bis Dezember 2019. Kroatien, das am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat der EU beigetreten ist, wird von der Schweiz mit einem Beitrag von 45 Millionen Franken unterstützt. Im Juni 2015 wurde das Rahmenabkommen mit Kroatien unterzeichnet. Bis Ende Mai 2017 sollen die Projekte mit Kroatien verpflichtet und bis Mitte 2024 abgeschlossen sein.

Der Erweiterungsbeitrag basiert auf dem Volksentscheid von 2006, bei dem die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas genehmigt haben. Das Volk hat damit die Absicht geäußert, sich mit einem Erweiterungsbeitrag am Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU zu beteiligen. Der Erweiterungsbeitrag ist ein

Zeichen der Solidarität und der Verantwortung. Er steht aber auch im eigenen Interesse der Schweiz. Mit den Projekten werden zahlreiche Partnerschaften gefördert. Durch die Zusammenarbeit festigt die Schweiz nicht nur die Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten, sondern zur gesamten EU. Der Erweiterungsbeitrag ist ein wichtiges Instrument der Schweizer Europapolitik und stärkt das Ansehen der Schweiz. Dadurch erhöhen sich auch die Chancen der Schweizer Unternehmer bei öffentlichen Ausschreibungen in der EU. Ein weiteres Ziel ist es, mit den Projekten zum Klimaschutz beizutragen.

Die Schweiz leistet den Erweiterungsbeitrag autonom und vereinbart direkt mit den Partnerstaaten, welche Projekte sie unterstützt. Die Projektpartner tragen in der Regel mindestens 15% der Projektkosten selber. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA sowie ihre gemeinsamen Büros in Warschau, Riga, Budapest, Prag, Bratislava, Bukarest und Sofia setzen den Erweiterungsbeitrag gemeinsam um. Die Mitarbeitenden in den Büros kennen die lokalen Verhältnisse und verfügen über direkte Kontakte zu den Partnern vor Ort, wodurch sie eine optimale Investition gewährleisten können. Bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten kann die Schweiz Auszahlungen stoppen und unrechtmässig ausbezahlte Beiträge zurückfordern.

Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

Rund 300 Projekte genehmigt	100% des Projektbudgets in den EU-10 sowie Bulgarien und Rumänien verpflichtet
5 Projektziele: Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern; soziale Sicherheit erhöhen; Umwelt schützen; öffentliche Sicherheit erhöhen; Zivilgesellschaft stärken	13 Partnerstaaten: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern
1,302 Milliarden Franken zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in der erweiterten EU	110 Millionen Franken Aufträge und Beiträge an Schweizer Unternehmen, Hochschulen und andere Institutionen aus dem Erweiterungsbeitrag

Meilensteine 2015

Kroatien: Unterzeichnung des bilateralen Rahmenabkommens

Am 30. Juni 2015 unterzeichneten die Schweiz und Kroatien das bilaterale Rahmenabkommen, welches die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags von 45 Millionen Franken an Kroatien regelt. Das Rahmenabkommen hält im Wesentlichen die Ziele des Beitrags, dessen Umfang sowie die wichtigsten Bestimmungen zur Umsetzung fest. Mit der Unterzeichnung des Abkommens bewilligte die Schweiz Projektentwürfe, die zuvor von Kroatien vorgeschlagen und mit der Schweiz diskutiert worden sind. Die kroatischen Partner arbeiten nun die Projektentwürfe im Detail aus. Bis spätestens Mai 2017 muss die Schweiz alle Projekte in Kroatien definitiv genehmigen.

Mit Schweizer Fachwissen wird der Forschungsstandort Kroatien gestärkt und international besser vernetzt. Die Schweiz finanziert den Aufbau von ungefähr 15 Forschungspartnerschaften im Hochschulbereich, welche über die Dauer der Projekte hinaus weiter bestehen sollen. Ein inhaltlicher und finanzieller Beitrag wird auch an die Modernisierung des kroatischen Berufsbildungssystems geleistet, um Ausbildungen an die veränderten Anforderungen der Wirtschaft anzupassen. Diese Projekte sollen das Wirtschaftswachstum fördern und die Arbeitsbedingungen in Kroatien verbessern. Zudem unterstützt die Schweiz Massnahmen zum Schutz der Umwelt in der Region Gorski Kotar im Nordwesten Kroatiens. Der Auf- und Ausbau von Abwasserreinigungssystemen schützt die Ökologie wichtiger Gewässer. Die gleichzeitige Sanierung bestehender Trinkwassersysteme steigert die Lebensqualität in der Region. Beide Massnahmen fördern zudem ein nachhaltiges Wachstum der regionalen Wirtschaft. Die Folgeschäden des Jugoslawienkrieges in den 90er Jahren sind vielerorts noch nicht behoben. Zusammen mit Kroatien will die Schweiz deshalb die Entminung und die Integration von Minenopfern in die Gesellschaft und ins Berufsleben vorantreiben und damit zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit beitragen. Mit zwei Fonds finanziert die Schweiz Projekte, welche die Zivilgesellschaft stärken und die Partnerschaften zwischen Schweizer und lokalen Institutionen fördern.



Eine kroatische Delegation hat mehrere Schweizer Berufsbildungsschulen und Betriebe aus unterschiedlichen Branchen besucht, um sich vor Ort ein Bild des schweizerischen dualen Berufsbildungssystems zu machen. © EHB IFFP IUFPF



Ein Schweizer Experte besichtigt in der kroatischen Gemeinde Fužine das bestehende Trinkwasserreservoir, das 1960 erbaut wurde. © SECO

Malta: Abschluss der Projekte

Malta ist das erste Land, in dem das Programm im Rahmen des Erweiterungsbeitrags abgeschlossen ist. Die zwei Projekte haben ihre Ziele erreicht und können bezüglich ihrer Wirkung und Nachhaltigkeit als sehr gut bewertet werden:

› Seit der Installation des Tomographen im öffentlichen Spital «Mater Dei» Anfang 2013, konnten ungefähr 10'000 Untersuchungen an Patientinnen und Patienten durchgeführt werden. Der PET/CT-Scanner (Positronen-Emissions-Tomographie/Computertomographie) ermöglicht eine frühzeitige und genaue Krebsdiagnose, was eine zielgerichtete Behandlung der Krankheit und damit eine verbesserte Lebensqualität der Patientinnen und Patienten zur Folge hat. In Malta stand diese Technologie bis anhin nur in einer Privatklinik zur Verfügung oder die Patientinnen und Patienten mussten dafür ins Ausland reisen. Beide Optionen waren für viele Malteser aus finanziellen Gründen nicht möglich. Dank dem Erfahrungs- und Wissensaustausch mit dem Onkologischen Institut der italienischen Schweiz (IOSI) des Regionalspitals Bellinzona haben maltesische Radiologen ihr Fachwissen über den PET/CT-Scanner erweitert. Die Schweiz hat den PET/CT-Scanner in Malta mit einem Beitrag von 2,79 Millionen Franken mitfinanziert und damit die Krebsdiagnostik für die Bevölkerung Maltas substantiell verbessert. Die Kosten für den Unterhalt und das Personal werden nun nach Abschluss des Projektes als integrierter Teil des öffentlichen Gesundheitssystems von Malta übernommen.

› Die Schweiz und Malta pflegen eine langjährige Partnerschaft zur Förderung von Frieden und Stabilität im Mittelmeerraum und haben die MEDAC bereits 1990 gemeinsam gegründet. Die Unterstützung der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC) durch die Schweiz hat die Rolle Maltas als Brückenbauer zwischen Europa und Nordafrika gestärkt. Zwischen 2010 und 2015 konnten 60 junge Diplomatinen und Diplomaten

aus Nordafrika und dem Mittleren Osten dank Stipendien in einem Masterstudiengang wichtige Kenntnisse über Menschenrechte, Demokratie und Gouvernanz erwerben. Mit dem Aufbau des Alumni-Netzwerkes wird der Kontakt zwischen den Akademieabgängerinnen und -abgängern gefördert und somit auch die Zusammenarbeit zwischen den Mittelmeerländern vertieft. Dank dem Schweizer Lehrstuhl konnte die Partnerschaft zwischen der Schweiz und Malta gestärkt werden und Schweizer Gastdozenten hatten die Möglichkeit, an der MEDAC zu unterrichten. Die Schweiz hat die MEDAC mit 1,9 Millionen Franken aus dem Erweiterungsbeitrag unterstützt. Die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Malta wird auch nach Projektabschluss weitergeführt werden.



60 junge Diplomatinen und Diplomaten aus Nordafrika und dem Mittleren Osten haben im Masterstudiengang an der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC) ihre Kenntnisse über Menschenrechte, Gouvernanz und Demokratie vertieft. © DEZA

Projektziele

Der Erweiterungsbeitrag trägt zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten bei. Jedes Projekt verfolgt eines der daraus abgeleiteten fünf Projektziele:

- › Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern
- › Soziale Sicherheit erhöhen
- › Umwelt schützen
- › Öffentliche Sicherheit erhöhen
- › Zivilgesellschaft stärken

Für jedes Projekt sind im jeweiligen Projektabkommen messbare Resultate festgelegt, die es zu erzielen gilt. Die Verantwortung für die Leistungserbringung und die Zielerfüllung übernehmen primär die Partnerstaaten. Sie erstatten der Schweiz regelmässig Bericht über die Projektfortschritte und über die Erreichung der festgelegten Indikatorenwerte. Auf den folgenden Seiten werden die Projektziele näher umschrieben und anhand von Projektbeispielen illustriert.

Erfolgreiche Plakatkampagne in Litauen

Zur Erhöhung der Visibilität des Erweiterungsbeitrags wurde im Sommer 2015 eine Plakatkampagne in Litauen gestartet. Als Reaktion darauf erhielt die Schweizer Botschaft in Riga folgende E-Mail: «Guten Tag, mir sind in Vilnius Poster aufgefallen, auf denen steht, dass die Schweiz Litauen mit rund 70 Millionen Franken unterstützt. Obwohl ich davon nicht direkt profitiere, möchte ich mich als litauischer Bürger für diese grosszügige Hilfe bedanken. Mit den besten Grüssen, Justas».



© Finanzministerium Litauen

Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Die Schweiz unterstützt in ihren Partnerländern mit 333 Millionen Franken Projekte, die das Wirtschaftswachstum fördern und die Arbeitsbedingungen verbessern. Dies liegt auch im Interesse der Schweiz, denn die Schweizer Exportindustrie profitiert vom Aufbau der osteuropäischen Wachstumsmärkte und der steigenden Kaufkraft in den Partnerländern.

Die Projekte sind sehr vielfältig und reichen von der Förderung strukturschwacher Regionen im Südosten Polens über die Implementierung eines dualen Berufsbildungssystems in der Slowakei bis hin zu Stipendienprogrammen für junge Forschende aus den

neuen EU-Mitgliedstaaten. Der Erweiterungsbeitrag finanziert ausserdem Kredite für kleinere Unternehmen und trägt damit zur Schaffung und Erhaltung zahlreicher Arbeitsplätze bei. Weiter stärkt er die soziale Verantwortung der Unternehmen sowie den Tourismus in strukturschwachen Regionen und verbessert die Anwendung internationaler Normen in den Bereichen Rechnungslegung und Buchprüfung. Letzteres verbessert das Investitionsklima und hilft, Finanzdelikten vorzubeugen.

Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

Über 500 Doktorierende und Post-Doktorierende forschten dank einem Stipendium in der Schweiz	Rund 15'000 angehende polnische Unternehmerinnen und Unternehmer besitzen dank der Teilnahme an Schulungen Kenntnisse in der Unternehmensgründung und -führung
186 hochqualifizierte ungarische Arbeitskräfte haben dank einem Risikokapitalfonds eine Stelle	102 rumänische Unternehmen erhielten gesicherte Darlehen, um ihre Produktionskapazität zu erneuern oder erweitern
156 polnische KMU setzen konkrete Massnahmen zur Förderung der nachhaltigen und sozialen Unternehmensführung um	Über 10'000 Mitarbeitende von Behörden und Verbänden in fünf Partnerländern besitzen dank Schulungen Kenntnisse im Bereich der internationalen Normen für Rechnungslegung und Buchprüfung

Forschungsprogramm Sciex geht zu Ende

Dank dem Stipendienprogramm Sciex (Scientific Exchange Programme between the New Member States and Switzerland) konnten über 500 Doktorierende und Post-Doktorierende einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz absolvieren und ihre Forschungsarbeiten vorantreiben. Erfahrungen an verschiedenen Forschungsinstituten, mitunter im Ausland, sind oft notwendig für eine akademische Karriere. Ein Forschungsaufenthalt fördert sowohl die individuellen Kompetenzen der Forschenden als auch den akademischen Austausch und Beziehungen, die die Projekte überdauern. Dadurch können neue Forschungsansätze entwickelt werden. Vielen jungen Akademikerinnen und Akademikern aus den

neuen EU-Mitgliedstaaten bleibt dies jedoch verwehrt, da die Kosten dafür zu hoch sind. Das Sciex Programm hat einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Forschung in den involvierten Ländern geleistet. Die Schweiz hat dabei ihre Stärken im Bildungs- und Forschungsbereich eingebracht und gleichzeitig den Kontakt zu akademischen Netzwerken in den neuen EU-Mitgliedstaaten gefestigt. Die Schweiz unterstützte das Programm mit 46,8 Millionen Franken in folgenden Ländern: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Für die Programmkoordination war die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (swissuniversities) zuständig.



Post-Doktorandin Magdalena Rowinska-Zyrek aus Polen hat einen Forschungsaufenthalt an der Universität Zürich absolviert und im Bereich Bioorganische Chemie geforscht. Dank diesem Aufenthalt konnte sie ihren Forschungsbereich ausweiten und neue Techniken erlernen, welche ihr bei ihrer jetzigen Arbeit an der Technologischen Universität Wroclaw in Polen nützlich sind. © Magdalena Rowinska-Zyrek

Soziale Sicherheit erhöhen

Die Schweiz finanziert mit rund 180 Millionen Franken eine breite Palette von Massnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit in den Partnerländern. Im Zentrum stehen dabei die Betreuung älterer und kranker Menschen sowie die Jugendförderung. Die Projekte setzen auf die fünf Schwerpunkte: Basis-Gesundheitsdienste, Modernisierung von Spitälern, Prävention, Sozialdienste für bestimmte Zielgruppen sowie

verschiedene soziale Dienstleistungen wie z.B. die Erleichterung des Zugangs zur Schule in ländlichen Gebieten oder die Verbesserung des medizinischen Notfalldienstes. Dabei bringt die Schweiz ihr Fachwissen mit ein.

Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

8'000 Roma-Kinder und Jugendliche profitieren in der Slowakei vom Zugang zu Gemeinschaftszentren mit Nachhilfeunterricht und Beratung bei gesundheitlichen und finanziellen Problemen

110 Schulbusse transportieren täglich über 7'000 Kinder aus 59 Gemeinden in Lettland und erleichtern ihnen Zugang zu Bildung

350 Betagte geniessen den Service von spitalexterner Betreuung in 4 Gemeinden im Wraza Distrikt Bulgariens, wo auch 8 Pfleger der Roma Angehörigen ausgebildet wurden

814'000 Menschen haben in Polen an 16 regionalen und 4'921 lokalen Präventionsveranstaltungen zu den Themen Alkohol und Tabak teilgenommen

86 Kinder ohne elterliche Fürsorge in Estland sind in 13 neu erbaute familienähnliche Hauseinheiten eingezogen, wo sie der Obhut von Sozialarbeitern unterliegen

Monatlich profitieren **2'000** Einwohner Ungarns von der Unterstützung durch Gesundheitsspezialisten

Spitalexterne Pflege in Bulgarien gesetzlich verankert

Ein spitalexternes Pflegesystem nach dem bewährten Schweizer Spitex-Modell verbessert die Lebensqualität von chronisch kranken oder behinderten älteren Menschen in Bulgarien, einschliesslich Angehörigen der Roma Bevölkerung. In vier Gemeinden des Bezirks Wraza werden 350 ältere Personen zu Hause behandelt und gepflegt, wodurch sie eine gewisse Selbstständigkeit bewahren können. In Bulgarien wird die Bevölkerung immer älter, während die Jüngeren vermehrt ins Ausland oder vom Land in die grösseren Städte abwandern. Viele ältere Menschen sind deshalb vermehrt auf sich alleine gestellt. Das Projekt wird vom Schweizerischen Roten Kreuz und dem Bulgarischen Roten Kreuz durchgeführt.

vorgebracht und damit einen wichtigen Beitrag zur gesetzlichen Verankerung der spitalexternen Pflege geleistet. Ausserdem wurde der Beruf der häuslichen Pflege offiziell anerkannt und definiert.

Lyubomir Tzenov ist 78 Jahre alt und kommt aus der Stadt Vratza in Bulgarien. Er war lange Zeit auf sich alleine gestellt und musste für medizinische Versorgung zum Arzt oder ins Spital. Dank der spitalexternen Pflege kann er wieder ein unabhängigeres Leben führen. Die ambulante Pflege ist kostengünstiger als die Pflege in einem Spital und entlastet die Angehörigen. © DEZA

Am 9. September 2015 hat das bulgarische Parlament die Einführung der Pflege zu Hause im Gesundheitsgesetz genehmigt. Die neue Dienstleistung wird über die Gesundheitsversicherung sowie andere Gesundheitsbudgets finanziert. Im Rahmen des Projekts haben das Schweizerische Rote Kreuz und das Bulgarische Rote Kreuz Vorschläge und Empfehlungen



Umwelt schützen

Rund 479 Millionen Franken des Erweiterungsbeitrags kommen Projekten zugute, die dem Umweltschutz dienen. Dazu gehören Infrastrukturprojekte, die den öffentlichen Verkehr, die Trinkwasserversorgung, die Abwasserreinigung, die Energieeffizienz, die Nutzung erneuerbarer Energien, die Entsorgung von Sonderabfällen sowie die Umweltüberwachung fördern. Diese Projekte tragen nicht nur zum Um-

weltschutz bei, sondern reduzieren auch die Gesundheitsrisiken für den Menschen, verbessern die Lebensbedingungen der Bevölkerung und fördern die wirtschaftliche Entwicklung. Neben diesen Infrastrukturprojekten unterstützt die Schweiz auch Projekte im Bereich Naturschutz und Erhalt der Artenvielfalt.

Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

27 Kilometer Wasserrohrleitungen sind in Ungarn neu verlegt oder saniert

80'000 Quadratmeter Solarzellen sind in Polen installiert

900 Tonnen Erdölprodukte wurden aus einem verseuchtem Industriefengelände in der lettischen Hauptstadt Riga gepumpt

11'549 Gebäude in fünf Partnerländern sind energieeffizient saniert und/oder nutzen erneuerbare Energiequellen

67'500 Tonnen Asbest sind in Polen fachgerecht entsorgt

1861 Haushalte sind in der Slowakei neu an das Kanalisationsnetz angeschlossen

Beitrag zum Klimaschutz in Slowenien

Der Erweiterungsbeitrag an Slowenien beträgt 22 Millionen Franken. Fast die Hälfte davon ging an zwei Projekte in den Bereichen erneuerbare Energieproduktion sowie nachhaltige Nutzung von Energie. Dank den beiden Projekten reduzieren sich die Heiz- und Stromrechnungen der renovierten öffentlichen Gebäude um 40–50%. Erste Messungen zeigen Einsparungen der CO₂-Emissionen von jährlich rund 1'600 Tonnen, was 82'500 Autofahrten von Bern nach Zürich entspricht.

Die konkreten Resultate der beiden Projekte in Kürze:

- › 41 öffentliche Gebäude – vorwiegend Schulen – heizen mit lokal produzierten Holzchips oder -pellets sowie mit Wärmepumpen, die ein Schweizer Unternehmen lieferte. 20 dieser Gebäude wurden zusätzlich energieeffizient renoviert.
- › Dank fünf Fotovoltaikanlagen und einer mit Solarzellen bestückten Lärmschutzwand an der Autobahn produziert Slowenien nun mehr Strom aus Solarenergie.
- › Jährlich erhalten mehrere hundert Jugendliche zielgerichteten Unterricht im Bereich Energieeffizienz, erneuerbare Energie und Nachhaltigkeit. Die im Rahmen der Projekte erarbeiteten E-Learning Plattform, Unterrichtsmaterialien, Modellhäuser sowie ein ökologisches Klassenzimmer im Grünen unterstützen die Lehrpersonen dabei.

› An einem Wettbewerb zum Thema erneuerbare Energie nahmen 44 Schulen teil. Die Gewinnerinnen und Gewinner durften an einem Schüleraustausch mit der Zürcher Kantonsschule Enge teilnehmen und die Umweltarena Spreitenbach besuchen.

› Zwei Studienreisen in die Schweiz und eine Fachtagung ermöglichten den Erfahrungsaustausch zwischen Unternehmen aus Slowenien und der Schweiz. So besuchte eine Gruppe slowenischer Unternehmer unter anderem das Richti-Areal in Wallisellen im Kanton Zürich – eine neue Überbauung nach Vorbild der 2000-Watt Gesellschaft.

Im sogenannten «Eco-Haus» in Cerkno werden Schulklassen des ganzen Landes über Nachhaltigkeitsthemen informiert.
© SECO



Interview: Schweizer Technologien sind im Ausland gefragt

Die Schweizer Firma Leica Geosystems AG hat zwei grössere Ausschreibungen im Rahmen des Erweiterungsbeitrags gewonnen. Laura Petersberger, Leiterin für international finanzierte Projekte bei Leica, gibt näher Auskunft.

Wie konnte Leica vom Erweiterungsbeitrag profitieren?

Leica hat zwei Ausschreibungen gewonnen. Einerseits erhielten wir in Estland einen Auftrag im Gesamtwert von rund 1,1 Millionen Franken. Wir lieferten Hard- und Software für die Echtzeitvermessung mit GPS, was die Überwachung der Umwelt in Estland erleichtert. Andererseits konnten wir Geräte im Wert von rund 1,5 Millionen Franken in die Slowakei liefern. Die mit den Geräten erstellten Gelände- und Oberflächenmodelle ermöglichen eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und -pflege.

Nebst diesen Ausschreibungen kommt Leica auch indirekt zum Zuge, sobald es um die Vermessung oder Überwachung und um die Erfassung, Analyse und Präsentation räumlicher Informationen geht. Anwendung finden unsere Technologien nebst dem traditionellen Feld des Katasters auch im Bereich von Luft- und Raumfahrt, Landwirtschaft, Katastrophen- und Notfallmanagement, Umweltforschung, Kriminalistik und öffentliche Sicherheit. Da einige dieser Themen vom Erweiterungsbeitrag abgedeckt werden, ist es gut möglich, dass unsere Technologien nach Auftragsvergabe über unsere lokalen Distributionspartner vertrieben wurden.

Kann man aus den gewonnenen Ausschreibungen schliessen, dass sich Schweizer Firmen international trotz des starken Frankens durchsetzen können, da Schweizer Fachwissen gefragt ist?

Schweizer Technologien geniessen aufgrund ihres Qualitätsmerkmals auch im Ausland immer noch einen bevorzugten Status. Trotzdem ist die Aufhebung des Mindestkurses der Schweizer Nationalbank auch an uns nicht spurlos vorbeigegangen. Sie ist bei öffentlichen Ausschreibungen, wo sich der aggressive Preiswettbewerb verschärft hat, gut spürbar. Ich würde aus den von Leica gewonnenen Ausschreibungen keinen vorschnellen Schluss auf die wirtschaftliche Gesamtlage der Schweizer Firmen ziehen. So wurde zum Beispiel das oben erwähnte Projekt aus der Slowakei schon vor der Zeit des «schwachen Euros» entwickelt.

Sind die Staaten, die seit 2004 der EU beigetreten sind, interessante Zukunftsmärkte?

Diese Staaten sind auf alle Fälle sehr wichtige Märkte für Leica und enthalten ein interessantes Wachstumspotential.

Helfen die gewonnenen Ausschreibungen beim Einstieg in diese Märkte?

Leica war schon vorher in diesen Märkten vertreten. Nichtsdestotrotz festigen gewonnene Ausschreibungen das Standbein im Land.



Das im Interview erwähnte Projekt in Estland ist Teil eines Umweltüberwachungsprogramms, das die Schweiz mit 8,5 Millionen Franken unterstützt. Die Schweiz und Estland statten elf estnische Laboratorien und Überwachungsstationen mit modernen Geräten aus und finanzieren die Schulung des Personals. Dadurch verfügt Estland über flächendeckende und zuverlässige Umweltdaten in den Bereichen Wasser, Luft, radioaktive Strahlung und Naturgefahren. © Finanzministerium Estland, Fotograf: Arno Mikkor

Öffentliche Sicherheit erhöhen

Mit 116 Millionen Franken verbessert der Erweiterungsbeitrag die öffentliche Sicherheit in den Partnerländern. Beispiele dafür sind die Modernisierung des Gerichtswesens in Lettland, die Verstärkung des Schutzes der Schengen-Aussengrenze in Polen, Massnahmen zur Bewältigung von Naturkatastrophen und Notsituationen in Ungarn sowie die

Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität in verschiedenen Ländern. Die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in den Partnerländern liegt auch im Interesse der Schweiz, denn die Projekte tragen unter anderem zur Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität bei.

Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

308 Audio- und 94 Videoeinrichtungen sind in 42 Gerichten und 12 Gefängnissen in Lettland installiert

227 Angehörige öffentlicher Einrichtungen Polens nahmen an weiteren 10 Ausbildungen in Notfallsituationen teil

57 Gemeinden in Tschechien konnten ihre Brandschutzmassnahmen erhöhen, wodurch 14'000 Kinder in einem sichereren Umfeld zur Schule gehen können

4500 Mitglieder der slowakischen Polizei absolvierten eine Grundausbildung im Umgang mit radioaktiven und nuklearen Materialien

480 Meter Damm sind im Rabaka Reservoir in Ungarn als Hochwasserschutz wiederaufgebaut

4 Austauschbesuche ermöglichten den bulgarischen Behörden ihr Wissen über das Schengen Informationssystem zu erweitern

Sichere Strassen in Polen dank Schweizer Fachwissen

Mit jährlich 87 tödlichen Verkehrsunfällen pro Million Einwohnerinnen und Einwohner zählt Polen zu den verkehrstechnisch gefährlichsten Ländern Europas. Mit dem Projekt «Road Safety» trägt die Schweiz dazu bei, die Verkehrssicherheit in Polen zu verbessern. Im Zentrum des Projekts steht der Wissensaustausch über verkehrsberuhigende Massnahmen, Ausbildung und Unfallprävention zwischen den schweizerischen und polnischen Verantwortlichen, wobei die Schweiz ihre langjährigen Erfahrungen zur Senkung der Unfallrate einbringt.

Das polnische Parlament hat am 6. Februar 2015 ein überarbeitetes Strassenverkehrsgesetz verabschiedet, welches im Mai 2015 in Kraft getreten ist. Bei der neuen Gesetzgebung hat sich Polen von der Schweiz inspirieren lassen. Neu gibt es höhere Ordnungsbussen bei Verkehrsdelikten, und Alkohol im Strassenverkehr wird schärfer bestraft. Ausserdem hat Polen nach Schweizer Vorbild die Opferhilfe eingeführt. Wer unter Alkoholeinfluss einen Unfall

verursacht, ist neu gesetzlich dazu verpflichtet, eine Zahlung an das Opfer, die Familie des Opfers oder an den Fonds für Opferhilfe zu leisten. Die Gesetzesrevision in Polen zeigt die mögliche Wirkung eines Einzelprojekts auf der politischen Ebene und welche positiven Veränderungen ein bilateraler Dialog und die Vermittlung von Schweizer Fachwissen bewirken können.



Über 600 Angehörige der polnischen Polizei erhielten eine Ausbildung zum Thema Verkehrssicherheit. Damit kann die Verkehrsüberwachung effizienter und wirksamer gestaltet werden. © Andrzej Mitura

Zivilgesellschaft stärken

Der Erweiterungsbeitrag finanziert mit rund 105 Millionen Franken Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft. In allen Partnerländern, mit Ausnahme von Malta, wird ein Unterstützungsfonds für Nichtregierungsorganisationen (NGO-Fonds), der rund 700 Kleinprojekte umfasst, finanziert. Durch die NGO-Fonds werden insbesondere Projekte im sozialen und Umweltbereich unterstützt, welche der Zivilgesellschaft in allen Ländern eine erfolgreiche Mitwirkung an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes ermöglichen. Durch den Einbezug von Schweizer Partnern in Projekte profitieren die NGOs

von Schweizer Fachwissen. Gleichzeitig können schweizerische Organisationen ihre Netzwerke und ihre Kompetenzen dank Partnerschaften mit Organisationen in den Partnerländern weiterentwickeln.

In Bulgarien, Polen, der Slowakei, Slowenien, Rumänien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Kroatien gibt es zusätzlich einen Partnerschaftsfonds. Rund 250 Partnerschaftsprojekte unterstützen den Wissensaustausch zwischen Gemeinden und Institutionen der Schweiz und der Partnerländer.

Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

20 Projekte tragen zur Knüpfung neuer Partnerschaften zwischen Bulgarien und der Schweiz bei

10 Projekte im Bereich soziale Dienste in Tschechien verbessern die Lebensqualität betagter Menschen

99 NGOs der benachteiligten Region Nordost-Ungarns wurden bei ihrer Arbeit in Fragen zu Management und Effizienz unterstützt

114'000 Personen profitierten von NGO-Projekten im Sozial- und Umweltbereich in Rumänien

4 NGOs konnten die Gesetzgebung in der Slowakei mitgestalten

95% der 97 NGO Projekte in Litauen förderten die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und NGOs

Schweizerisch-Tschechische Partnerschaft setzt sich für die Rechte des Kindes ein

Das Internationale Institut der Rechte des Kindes (Institut international des Droits de l'Enfant, IDE) und die gemeinnützige tschechische Organisation Česko-britská setzen sich im Rahmen des Partnerschaftsfonds unter anderem dafür ein, dass die Rechte des Kindes in der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften im Sozial- und Bildungsbereich einen festen Bestandteil haben.

derung, Jugend und Sport als Grundlage einer öffentlichen Ausschreibung für das neue EU-Operationsprogramm «Forschung, Entwicklung und Bildung» verwendet. Ein Schwerpunkt des Programmes ist die soziale Integration des Kindes, insbesondere in der Vorschulerziehung, die Prävention von Schulversagen und die Weiterbildung von Lehrkräften.

Das Glück, in einer intakten Familie aufzuwachsen, kennen leider nicht alle Kinder. Auch in der Tschechischen Republik leben manche Kinder und Jugendliche in Heimen oder anderen Institutionen. Als Ziel für die Zukunft wird die Unterbringung der Kinder in Pflegefamilien formuliert. Das Bewusstsein für die Rechte des Kindes in Tschechien wird durch dieses Projekt gefördert, wie z.B. in der Grundschule Merhautova in Brünn. © DEZA

Insgesamt in drei aufeinanderfolgenden Projekten, welche in den letzten fünf Jahren erfolgreich abgeschlossen werden konnten, sind drei wichtige Publikationen zu dieser Thematik entstanden. 2012 stützte sich der Oberste Gerichtshof der Tschechischen Republik bei einer Entscheidung in einem Gerichtsfall betreffend eines Kindes auf die Publikation «Studie über die Rechte des Kindes». Das Urteil und die Begründung wurden anschliessend landesweit allen Gerichten zur Anwendung bei ähnlichen Fällen zugestellt. Zwei Jahre später publizierten die beiden Organisationen die Studie «Wege zur Achtung und Erfüllung der Rechte des Kindes», und im Jahre 2014 erschien die Publikation «Partizipation und neue Methoden in der Arbeit mit gefährdeten Kindern und ihren Familien». Diese beiden Publikationen wurden im Juni 2015 vom Tschechischen Ministerium für Bil-



Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

3003 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

3003 Bern

Gestaltung:

Visuelle Kommunikation, EDA

Download:

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch (Rubrik «Publikationen»)

Fachkontakt:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten

Freiburgstrasse 130

3003 Bern

Telefon: +41 58 462 68 46

swiss-contribution@eda.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion

Holzikofenweg 36

3003 Bern

Telefon: +41 58 462 78 24

swiss-contribution@seco.admin.ch

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Bern, April 2016